2019/17 Inland

https://jungle.world/artikel/2019/17/saveyourhinterland

Sächsische Jugendzentren und die AfD

#saveyourhinterland

Von **Carolin Mothes**

In Sachsen stehen linke Jugendzentren in vielen Orten bereits einer rechtsextremen Mehrheit gegenüber. Nach den Kommunalwahlen im Mai könnten sie weiter unter Druck geraten.

Wer um die Jahrtausendwende einen Jugendclub in der ostdeutschen Provinz betrat, lernte mit hoher Wahrscheinlichkeit die »akzeptierende Jugendarbeit« kennen: Rechtsextreme Jugendliche konnten sich, von Sozialarbeitern betreut, Räumlichkeiten aneignen oder durften diese sogar selbst schaffen und gestalten. Die Befürworterinnen und Befürworter dieses pädagogischen Ansatzes wollten eine Stigmatisierung und Ausgrenzung dieser Jugendlichen vermeiden. Allerdings wurden diejenigen, die von Rechtsextremen stigmatisiert und ausgegrenzt oder gar physisch angegriffen wurden, unfreiwillig zu Zeugen des Scheiterns dieses Konzepts.

> #wirsindmehr? Schön wär's.

Wer in den Neunzigern etwa in Sachsen erlebt hatte, wie es war, angesichts einer sich ausbreitenden rechtsextremen Jugendkultur in der Unterzahl zu sein, konnte im Spätsommer und Herbst 2018 verwundert verfolgen, wie sich die Öffentlichkeit temporär über die rechtsextremen Großdemonstrationen in Chemnitz entsetzte und den Hashtag #wirsindmehr in die Welt setzte. Tobias Burdukat, ein Sozialarbeiter aus Grimma, gab damals in einem Interview mit der Taz seine Sicht der Dinge in der sächsischen Provinz wider: »Wir sind nicht mehr.« Damit sprach er eine Erfahrung an, die etliche junge Menschen machen, weil sie einer konservativen bis rechtsextremen Hegemonie gegenüberstehen – nicht nur in Grimma, sondern an vielen Orten in Sachsen.

Burdukat hat folgenden Schluss aus den Zuständen gezogen: »Wenn man will, dass es angenehmer oder schöner wird, dann muss man das selber machen.« Er hat gemeinsam mit engagierten Jugendlichen in Grimma das »Dorf der Jugend« aufgebaut. Auf dem Gelände einer ehemaligen Spitzenfabrik am Flussufer der Mulde befinden sich mittlerweile Dinge, die typisch für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sind: ein Skate- und BMX-Park, eine Mauer für Graffiti und ein Basketballkorb. Zudem haben Jugendliche

eigenständig ein Festival mit Konzerten und Workshops organisiert.

Trotz dieser guten Arbeit verweigert das zuständige Jugendamt dem Träger des »Dorfes der Jugend«, dem »Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit« (FJZ), die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe und damit auch den Zugang zu finanziellen Ressourcen – aus fachlichen und formalen Gründen, wie es offiziell heißt. Die örtlichen Jugendlichen vermuten andere Gründe: Aufkleber mit der Aufschrift »FCK AfD«, ein Auftritt der Band Egotronic, der mit Sprühfarbe angebrachte Schriftzug »Kacken ist wichtiger als Deutschland« und der engagierte Sozialarbeiter Burdukat kämen im Jugendamt nicht gut an.

Dabei sitzt die AfD bislang noch nicht einmal im Stadtrat von Grimma, bei den im Mai anstehenden Kommunalwahlen in Sachsen könnte sich das ändern. In anderen Städten sitzen Vertreter der AfD bereits in Gremien wie dem Jugendhilfeausschuss, der auf kommunaler Ebene auf die Arbeit in Jugendzentren Einfluss nehmen kann. In etlichen Kommunen nimmt die AfD bereits gezielt die Konzepte und die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit unter die Lupe – obwohl bislang in ihren Wahlprogrammen keine Aussagen zur Kinder- und Jugendhilfe zu finden sind. In der OKJA schürt die Partei Verunsicherung, indem sie das sogenannte Neutralitätsgebot als Waffe einsetzt.

Wiederholt warf die AfD Jugendeinrichtungen vor, sie seien »linksextrem« und indoktrinierten ihre Besucherinnen und Besucher – wohlgemerkt handelte es dabei nicht einmal um autonome Jugendzentren. Was der Partei als Indoktrination gilt, ist lediglich der fachliche Auftrag, der sich aus Paragraph elf des achten Sozialgesetzbuchs ergibt: Als Schwerpunkt der Jugendarbeit wird dort unter anderem die politische Bildung genannt. Doch die AfD stellt jede Einrichtung, die sich in ihrer Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus richtet, unter Generalverdacht. Für die OKJA wird die pädagogische Arbeit zur politischen Bildung, Menschenrechtsorientierung und Mündigkeit so zu einer brisanten Angelegenheit, insbesondere, wenn die CDU mit der AfD gemeinsame Sache macht.

Explizit linken, alternativen und autonomen Zentren bereitet die Entwicklung besondere Schwierigkeiten, zudem sind sie vermehrt Angriffen gewaltbereiter Nazis ausgesetzt. Es gab also viel zu besprechen auf dem »Bundeskongress linker Räume und Zentren«. Vom 12. bis 14. April trafen sich über 150 Menschen aus 25 linken Zentren im Chemnitzer AJZ Talschock. Das Motto des Treffens fasst bereits zusammen, wie die Beteiligten reaktionären Tendenzen entgegentreten wollen: »Standing united«. So diente der Austausch hauptsächlich dazu, Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zu erörtern. Die Frage soll auf einem weiterführenden Kongress vertieft werden. Eine Gelegenheit, ganz konkret Solidarität mit einem Jugendzentrum zu zeigen, gibt es bereits: Jugendliche aus Grimma haben im Internet unter dem Motto #saveyourhinterland eine Spendenkampagne für das »Dorf der Jugend« begonnen.

© Jungle World Verlags GmbH